

Positionen der PDS-Fraktion zur Integration als Antwort auf PISA und IGLU

Die Fraktion der PDS hat sich intensiv mit den Ergebnissen der verschiedenen Auswertungsstufen des Programme for International Student Assessment (PISA) der OECD befasst. Sie hat daraus grundsätzliche Schlussfolgerungen für ihre bildungspolitische Arbeit in der Vierten Legislaturperiode des Landtages gezogen. Es lassen sich dabei folgende Hauptrichtungen zusammenfassen:

Zielstrebig soll daran gearbeitet werden, Bildungsinhalte, Curricula und in Schule zu vermittelnde Kompetenzen mit neuen Anforderungen in Übereinstimmung zu bringen. Lese-, Schreib- und Kommunikationskompetenzen gehört in allen Fächern größere Beachtung. Sie müssen bis in die höheren Schuljahrgänge weiter ausgeprägt und vertieft werden. Das trifft auch auf den Umgang mit mathematischen Modellen und die Kalkulationsfähigkeit zu. In diesem Sinne sollten komplexe Projekte und das Üben fächerübergreifenden Problemerkennens in allen Bildungsgängen größeren Raum einnehmen.

Große Aufmerksamkeit gebührt der Qualität und Professionalität des Unterrichts. Schulnahe pädagogische Beratungs- und Unterstützungssysteme und gezielte Lehrerfort- und -weiterbildung, das lebensbegleitende Lernen der Lehrerinnen und Lehrer, aller pädagogischen Fachkräfte muss weiterentwickelt werden. Größere Anstrengungen sind auf eine stabile Unterrichtsversorgung zu richten.

Wirkungsvoller soll dafür Sorge getragen werden, dass der Unterricht und weitere pädagogische Bemühungen der Schule besser auf zunehmend heterogene Lerngruppen eingestellt werden. Integrationspädagogische Konzepte sollen stärker gefördert werden. Von den Sekundarschulen sollen dazu mehr Impulse ausgehen. Sekundarschulen sollen sich weiter profilieren können und die Verbesserung der Qualität schulischer Bildung entscheidend mitbestimmen. Die PDS-Fraktion erarbeitet dazu ein Sekundarschulkonzept, das mittlerweile veröffentlicht ist.

Die Erhöhung der Qualität schulischer Bildung erfordert nach Auffassung der PDS-Fraktion eine deutliche Entwicklung der Motivation der Schülerinnen und Schüler. Die Möglichkeiten schulischer Bildungsprozesse und ihrer Gestaltung, des Zusammenwirkens von Schule mit der Wirtschaft und dem gesamten gemeindlichen Leben müssen wirkungsvoller für diese Zielstellung genutzt werden. Auch im elementaren vorschulischen Bereich müssen wichtige Voraussetzungen geschaffen werden. Auf ein kommunikatives Schulklima und die Entwicklung der Demokratie an der Schule wird Wert gelegt. Die Aufgabe richtet sich an die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit wie auch an die Familie und ihr Zusammenspiel mit Bildung und Schule. Die PDS wird in Sachsen-Anhalt geeignete Schritte gehen, um die gesellschaftliche Wertschätzung von Bildung und Schule zu erhöhen.

Die Bedingungen für eine solide Bildungsförderung in der Breite sollen ausgebaut werden. Damit sollen auch die Voraussetzungen für die Entwicklung einer zahlenmäßig stärkeren leistungsfähigen „Spitze“ deutlich verbessert werden. Das schließt effektiven Nachteilsausgleich in sozialen und kulturellen Bereichen, die Einschränkung der Zahl der Schulversager und -verweigerer sowie die Förderung vielfältiger Begabungen und Talente in unterschiedlichen Formen, die allen offen stehen müssen, ein.

Verstärkt wird die PDS für Bedingungen eintreten, die alle in die Lage versetzen, sich Bildung zu erschließen, an Kultur, Wissen und Information ohne Behinderungen und Benachteiligungen teilhaben zu können. Die in Deutschland hohe Abhängigkeit der Bildungschancen von der sozialen Lage der Kinder und Jugendlichen muss zurückgedrängt werden. Sachsen-Anhalt hat nur eine Zukunft als kinder- und bildungsfreundliches Land.

Die PDS-Fraktion hat als Oppositionspartei im Landtag zahlreiche Anträge und parlamentarische Initiativen auf den Weg gebracht, die diese politischen Schwerpunkte untersetzen.

Mit Blick auf das Problem der Integration von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen und Benachteiligungen in der allgemeinen und beruflichen Bildung gehen wir davon aus, dass Sachsen-Anhalt gerade hier einen besonderen Nachholebedarf hat.

Die Zahl der unter verschiedenen Zielfunktionen integrativ beschulten Kinder in Sachsen-Anhalt liegt erheblich unter dem Bundesdurchschnitt, der selbst mit ca. 10% international weit zurück bleibt.

Die PDS-Fraktion vertritt die Auffassung, dass die Anstrengungen des Landes erheblich verstärkt werden müssen, um mehr Kindern und Jugendlichen Bildungschancen gemeinsam mit Andersseienden zu eröffnen. Dieses Ziel hat die PDS-Fraktion im Zusammenhang mit der von ihr eingebrachten Initiative zu einem Gesetz für Chancengleichheit und gegen Diskriminierung behinderter Menschen in Sachsen-Anhalt nachhaltig verfolgt. Gleichwohl fordert sie, die unterschiedlichen Auffassungen der Eltern sowie der Kinder und Jugendlichen selbst angemessen und sensibel zu respektieren und ein Wahlrecht bezüglich einer sonderpädagogischen Förderung in integrativen Lerngruppen oder in speziellen Klassenverbänden in der Regel an Sonderschulen einzuräumen. Sie nimmt damit auch unterschiedliche Interessen, Perspektiven und Positionen innerhalb der Behindertenverbände aber auch innerhalb der sonderpädagogischen Wissenschaft auf.

Legt man die Ergebnisse des PISA zu Grunde, zeigt sich neben anderen Defiziten ein grundsätzliches Problem, das offenbar den verschiedenen deutschen Bildungssystemen gleichermaßen anhaftet: sie sind unzureichend in der Lage, sich auf heterogene Lerngruppen einzustellen und ausreichend Vorsorge zu treffen, um spezifischen Lernvoraussetzungen, individuellem Leistungsvermögen und besonderem Förderbedarf zu entsprechen.

Deutlich ist mit den Ergebnissen des PISA erneut zu Tage getreten: die Methode Schülerinnen und Schüler nach vermeintlichen Leistungskriterien auf verschiedene Klassen, Bildungsgänge oder Schulformen aufzuteilen, erreicht ihr Ziel, „ausgeglichene“ Lerngruppen, unzureichend. Unterricht geht aber oft von dieser angenommenen Voraussetzung aus oder für ein differenziertes Herangehen fehlt die notwendige Methodik, die Schulkultur, nicht selten auch die personellen Voraussetzungen bis hin zur Stellenzahl.

Dafür hat sich das Prinzip des Abweisens vermeintlich nicht in die Lerngruppen „passender“ Schülerinnen und Schüler in andere Schulformen verfestigt. Dieses Prinzip reicht selbst bis in die Gesamtschulen und Sonderschulen hinein. Es ist zudem gesellschaftlich breit akzeptiert.

Dennoch scheinen das Tatbestände zu sein, die neben anderen im statistischen Durchschnitt zu Resultaten führen, die sich vor allem in einem schwachen Leistungsmittelfeld, darüber hinaus in einem großen Anteil von Risikogruppen und einer im internationalen Vergleich relativ leistungsschwachen und zahlenmäßig gering entwickelten Spitze widerspiegeln. Besonders beunruhigend ist, dass diese Gruppen in hohem Maße mit dem sozialen Background der Kinder und Jugendlichen korrelieren.

Die PDS-Fraktion hat in einem von ihr im vergangenen Jahr in den Landtag eingebrachten Antrag zum PISA u. a. gefordert, Lehreraus-, -weiter- und -fortbildung verstärkt auf den Umgang mit heterogenen Lerngruppen zu richten.

Begründet sich aus Sicht der PDS-Fraktion diese Forderung bereits aus der im Rahmen des PISA gemessenen Kompetenzverteilung in Regelklassen an Gymnasien, Real- und Hauptschulen, trifft das in besonderem Maße für die integrative Beschulung zu.

Integrationspädagogik muss in deutlich stärkerem Maße Bestandteil aller Phasen der Lehrerbildung und der Studiengänge aller Lehrämter werden.

Das Bildungssystem sollte daran gemessen werden, in welchem Maße es allen reale Möglichkeiten eröffnet, ihre individuellen Fähigkeiten auszubauen, zu entwickeln und gemäß per-

sönlicher Lebensziele und Wertvorstellungen zu entfalten. Dabei sollte Schule, überhaupt gesellschaftliche Bildungsangebote, nach Meinung der PDS-Fraktion nicht nur die in der Familie oder in deren Umfeld vom Kind erworbenen kulturellen Güter aufgreifen, bewahren, pflegen und entwickeln, sondern sie auch bewusst erweitern und Nachteile ausgleichen. Die hohe Korrelation sozialer Komponenten mit Bildungschancen und Bildungsergebnissen, die mit dem PISA in Deutschland nachgewiesen wurde, weist darauf hin, dass dieser Funktion Schule nicht hinreichend gerecht wird.

Bildungssysteme, die die individuelle Förderung jedes Kindes und jedes Jugendlichen in diesem Sinne prononcierter in den Vordergrund stellen, schneiden hingegen in den Vergleichsuntersuchungen in der Regel besser ab. Insbesondere wenn es gelingt, in der Breite solide Ergebnisse zu sichern, wird oft auch eine leistungsfähige und zahlenmäßig beachtliche Spitze erreicht.

Dafür scheint nicht nur eine entsprechende Professionalität der Lehrkräfte hinreichend zu sein, sondern auch der Einsatz speziell ausgebildeter Lehrerinnen und Lehrer für Förderaufgaben an Regelschulen, die Einbeziehung unterschiedlicher Fachkräfte wie etwa Psychologen, Mediziner und Sozialpädagogen, das Management der Verknüpfung verschiedener Fachkompetenzen im Pädagogen-Team und ein Schulalltag, der individuelle Förderung ermöglicht und normal, nicht als besonderen ausnahmsweisen Hilfsdienst, erscheinen lässt.

Gerade die Integration behinderter und benachteiligter Schülerinnen und Schüler erfordert nach Auffassung der PDS-Fraktion ein solches Herangehen. Sie geht davon aus, dass die skizzierten Voraussetzungen schrittweise aber zielstrebig an den Grundschulen, Sekundarschulen, Gymnasien, Gesamtschulen und berufsbildenden Schulen geschaffen werden sollen.

Erfolgreiche integrative Schulen benötigen offenbar ein geschlossenes auf Integration ausgerichtetes Gesamtkonzept, das Inhalt und Methodik des Unterrichts genauso umfasst, wie das Verständnis von Lehren und Lernen, das Schulleben, schulorganisatorische und schulrechtliche Voraussetzungen, eine enge Verankerung im gesellschaftlichen Umfeld, die Zusammenarbeit mit den Eltern sowie personelle und materielle Ausstattung. Es müssen verschiedene Formen der Integration möglich sein, dazu sollten die Regelschulen in die Lage versetzt werden, auch verschiedene Abschlüsse anzubieten.

In diesem Sinne wird in einem Beschluss des 8. Landesparteitages der PDS vom Sommer diesen Jahres formuliert:

Die PDS tritt dafür ein, „an mehr und mehr Schulen die Voraussetzungen zu schaffen, dass behinderte und nichtbehinderte Schülerinnen und Schüler gemeinsamen Unterricht besuchen können. Ausgehend von den Regelungen im Schulgesetz legt die PDS in Sachsen-Anhalt besonderen Wert auf den Ausbau integrativer Angebote.“

Sonderschulen sollen enge Kooperationsbeziehungen mit anderen allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen zur integrativen Ausbildung unterhalten und künftig noch vertiefen.

Um in Zukunft leistungsfähige Sonderschulen vorhalten zu können, wird es unumgänglich sein, verschiedene sonderpädagogische Förderschwerpunkte, Beratungstätigkeit und Prävention in Förderzentren zu bündeln.“

Wenn im PISA die Gruppe der Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen empirisch auch nur marginal berücksichtigt wurden, erscheinen die in Bezug auf Integration und Strukturereformen gerichteten Schlussfolgerungen aus den Ergebnissen des PISA gerade für den Bereich der gemeinsamen Beschulung behinderter und nichtbehinderter Schülerinnen und Schüler von besonderer Bedeutung.

Das gilt offenbar auch mit Blick auf die Resultate der jüngsten internationalen Grundschulvergleichsuntersuchung zur Lesefähigkeit (IGLU). Sie zeigt deutlich, dass in allen beteiligten Ländern in der Grundschule relativ gute Leistungen erbracht werden und die Differenzen erheblich geringer sind als nach der Ausbildung im Sekundarbereich, die u.a. durch das PISA widergespiegelt werden. Das spricht offenbar dafür, dass die Grundschulpädagogik und

die in fast allen Ländern weitgehend alle Kinder aufnehmenden Grundschulen relativ erfolgreich sind. Darin sehen viele einen Beleg für die Leistungsfähigkeit integrativer Schulsysteme.

Dennoch zeigt die IGLU, dass in Deutschland später krass zu Tage tretende Probleme bereits im Elementarbereich angelegt sind. Die obere Kompetenzstufe ist gemessen an den Spitzenländern geringer ausgeprägt, der mittlere Kompetenzbereich umfasst eine recht große Gruppe an seinem unteren Rand und die Risikogruppe ist bereits deutlich sichtbar. Das soziale Milieu der Kinder beeinflusst auch in dieser Altersgruppe die Leistungen der Kinder bereits signifikant. Diese Defizite werden offenbar in den Ausbildungsgängen im Sekundarbereich erheblich verstärkt, neue Probleme treten hinzu.

Die PDS-Fraktion folgert daraus, zum einen im Sekundarbereich I und hier vor allem in den Sekundarschulen einen Schwerpunkt bildungspolitischer Anstrengungen anzusiedeln, zugleich aber auch verstärkte Aufmerksamkeit auf die individuelle Förderung im Bereich der Grundschule zu legen und eine differenzierte Arbeit zu fördern.

Dazu gehört aus ihrer Sicht der zielstrebigere Ausbau der flexiblen Schuleingangsphasen, die Erweiterung der zum Lernen, zum Üben, Wiederholen, zur Arbeit an Projekten, zum pädagogisch sinnvollen Spiel, zu kreativer und musischer Tätigkeit, zu Bewegung, Sport aber auch zur notwendigen Entspannung und Besinnung zur Verfügung stehenden Zeit, ein verlässliches Betreuungsangebot in Schulumgebung und eine ausreichende Ausstattung mit qualifiziertem Personal, einschließlich der pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Dabei handelt es sich nach Auffassung der PDS auch um wichtige Voraussetzungen für integrative Grundschulen, die allerdings u. U. einer Erweiterung durch eine den spezifischen Anforderungen entsprechende Ausstattung bedürfen.

Auch in Ganztagschulen sieht die PDS eine besondere Chance, den auf dem pädagogischen Prozess lastenden Zeitdruck zu mildern. Sie tritt daher für eine zielstrebige Nutzung des diesbezüglichen Bundesprogramms in Sachsen-Anhalt ein, um ein bedarfsgerechtes, leistungsfähiges Ganztagschulnetz in unserem Lande zu schaffen. Integrationspädagogische Aspekte sollten dabei, auch bei den Investitionen, unbedingt Beachtung finden.

Die PDS-Fraktion hält es für erforderlich, die wissenschaftliche Arbeit auf Integrationspädagogischem Gebiet an Universitäten und Forschungseinrichtungen auszubauen und in der schulbegleitenden Forschung zu profilieren.

Die Tatsache, dass Bildungschancen in Deutschland entscheidend von der sozialen Herkunft bestimmt werden, was sowohl im Primar- wie im Sekundarbereich empirisch nachgewiesen wurde, hat nach Auffassung der PDS-Fraktion für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen und Benachteiligungen besonderes Gewicht.

Gerade Kinder und Jugendliche mit Lernbehinderungen und geistigen Behinderungen aber auch mit anderen Behinderungen leben zu einem beachtlichen Vom-Hundert-Satz in einem anregungsarmen Sozialmilieu.

Auch der Armutsbericht belegt, dass dazu häufig noch eine finanziell und materiell komplizierte Situation tritt. Es muss davon ausgegangen werden, dass hier wichtige Probleme verwurzelt sind, die sich auf die Bildungschancen und die künftige Gestaltung der Lebenswege erheblich auswirken.

Die PDS-Fraktion sieht hier dringenden Handlungsbedarf, besonders auch angesichts der Risiken, die nach ihrer Meinung auch für diese Gruppe aus aktuellen in der Gesellschaft diskutierten Sozialreformplänen erwachsen.

Sie ist gewiss, dass ohne Verbesserungen der gesellschaftlichen Gesamtsituation für Menschen mit Behinderungen und Benachteiligungen die Anstrengungen im Bildungssystem in ihren Effekten begrenzt bleiben werden.